

Keine Angst vor Einflussreichen

Die Rechtsanwältin Sandrine Giroud legt sich mit Wirtschaftskriminellen an – und verteidigt sie auch

EVA HIRSCHI, GENÈVE

Sie empfängt im Büro im Quartier Eaux-Vives am linken Ufer des Genfersees. Ihr leuchtend blaues Deux-Pièces sticht im schlicht gehaltenen Dekor heraus. Vielleicht auch, weil sie weiss: Sie muss als Frau in diesem Milieu auffallen. «Nur weil ich blond und einen Meter sechzig gross bin, heisst das nicht, dass ich die schwierigen Fälle der Wirtschaftskriminalität nicht stemmen kann.»

Die 45-jährige Sandrine Giroud ist eine auf Wirtschaftsrecht spezialisierte Anwältin sowie Vizepräsidentin des Genfer Anwaltsverbands, des zweitgrössten Anwaltsverbands der Schweiz. Nächsten Frühling wird sie dessen Präsidentin – und somit höchste Anwältin Genfs, als erst zweite Frau in dieser Position. Eine Position, die mit viel mehr Prestige verbunden ist als etwa in Zürich. Denn in Genf ist der Präsident – beziehungsweise die Präsidentin – stärker präsent, gibt Interviews, nimmt Stellung, etwa wenn die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit angegriffen werden.

Medienwirksamer Einsatz

Genf ist bekannt dafür, dass Anwälte ihre Meinung kundtun, auch einmal poltern oder austreten und sich gerne in politische Ämter wählen lassen. Dazu trägt auch das Selbstverständnis bei: Sind in anderen Städten Anwälte oft medienscheu und zurückhaltend, so sehen sich Anwälte in Genf als Verteidiger des Rechtsstaats, das ist so in den Standesregeln festgehalten.

Diese Berufsethik will Sandrine Giroud in den kommenden zwei Jahren als Präsidentin des Genfer Anwaltsverbands fördern. Ein weiteres Anliegen: die Verteidigung der Verteidigung. «Nach Journalisten sind Anwälte die am meisten bedrohte Berufsgruppe», sagt Sandrine Giroud. «Die Verteidigung der Anwälte bedeutet für mich auch die Verteidigung des Rechtsstaats.»

Zudem will sie die Schweiz internationaler ausrichten: «Wir sind weltweit bekannt als Land der Streitschlichtung, und unser Recht wird wegen seiner liberalen und neutralen Seite geachtet. Dies sollten wir nutzen, um uns als Ort der internationalen Streitbeilegung zu etablieren.» Ein Schritt in diese Richtung wurde bereits gemacht: Gemeinsam mit dem Zürcher Anwaltsverband hat Genf dazu beigetragen, dass neu Englisch als Verfahrenssprache in die schweizerische Zivilprozessordnung eingeführt wird.

«Der Lebensnerv eines Krieges ist das Geld», sagt Sandrine Giroud. Darum legt sie sich gerne mit den Reichen und Mächtigen an – das Renommee der auf Wirtschaftskriminalität spezialisierten Rechtsanwältin geht über die Westschweiz hinaus. Sie war es, die sich auseinandersetzte mit der Affäre Jean-Claude



«Nach Journalisten sind Anwälte die am meisten bedrohte Berufsgruppe», sagt Sandrine Giroud.

NIELS ACKERMANN FÜR NZZ

Duvalier, dem als «Baby Doc» bekannten ehemaligen Diktator von Haiti.

Für eine NGO, die gegen die Straflosigkeit von internationalen Verbrechen kämpft, suchte sie nach Wegen, die Schweizer Millionen des Despoten zu konfiszieren und dieses veruntreute Volksvermögen dem zerrütteten Karibikstaat zurückzuerstatten. «Für mich steht die internationale Gerechtigkeit im Vordergrund», erklärt Giroud.

Menschenrechte als Leitmotiv

In ihrer Forschungsarbeit, die zu mehreren Publikationen führte, untersuchte sie die juristischen Rahmenbedingungen der Konfiskation von Vermögenswerten internationaler Krimineller. Auch sonst beschäftigt sich Giroud viel mit Finanzen. Der Bankensektor sei in der Schweiz sehr konservativ, was es schwierig ma-

che, gegen Institutionen anzukommen. «Doch gerade hier muss man sich durchbeissen, nur so kann man gegen Wirtschaftskriminalität ankämpfen.»

In Interlaken geboren und im Unterwallis aufgewachsen, suchte Giroud zuerst Erfahrungen im Ausland. Sie war Au-pair in Deutschland und Skilehrerin in Neuseeland. Danach studierte sie Rechtswissenschaften in Freiburg und England. Sie arbeitete beim Bundesamt für Justiz in Bern; später zog die Rechtsanwältin nach Genf, der Wiege des humanitären Völkerrechts. Dort stieg sie in einer Wirtschaftsanwaltskanzlei ein, präsidierte während acht Jahren im Genfer Anwaltsverband die Kommission für Menschenrechte, berät seit mehreren Jahren internationale Organisationen pro bono.

Die Menschenrechte, betont sie, seien seit jeher ihr Leitmotiv. So kam sie 2009

zu Lalive, einer der wenigen grossen Schweizer Kanzleien, die auf Völkerrecht und internationales Strafrecht spezialisiert sind. Seit 2017 ist Sandrine Giroud Partnerin von Lalive.

Selbst wenn sich Sandrine Giroud gerne mit den Reichen anlegt, auch ihre Klienten sind manchmal milliarden-schwer. So verteidigte sie zum Beispiel den russischen Oligarchen Dmitri Rybolowlew, der von Kunsthändler Yves Bouvier betrogen wurde. «Auch wohlhabende Menschen können Opfer sein, auch sie haben Rechte, die es zu respektieren gilt», sagt Giroud.

Entspannen im Museum

Dieser Fall war es, der in ihr das Interesse für Kunst entfachte. «Ich bin schlecht im Meditieren, aber im Museum kann ich sehr lange vor einem Bild verharren – das ist meine Art der Meditation», sagt Giroud. Inzwischen ist dies nicht mehr eine reine Freizeitbeschäftigung: Sie sitzt in Verwaltungsräten und Vorständen von Museen, etwa im Schweizer Landesmuseum oder dem Museum des Internationalen Roten Kreuzes.

Egal, mit wem man in Genf spricht: Immer wieder wird ihr Engagement, ihre Energie und ihr Eifer betont. Grégoire Mangeat, ehemaliger Präsident des Genfer Anwaltsverbands, kennt sie seit einem Dutzend Jahren. Er unterstreicht die Aufrichtigkeit ihrer Arbeit: «Sie denkt an die gesamte Branche und engagiert sich für die Gemeinschaft.»

Es brauche Frauen, die zeigten, dass eine Karriere gerade im Wirtschaftsrecht durchaus möglich sei, sagt Clara Poglia, Anwältin im Genfer Büro der Kanzlei Schellenberg Wittmer. Poglia ist Präsidentin des 2018 gegründeten Vereins für Frauen in der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität – ein Schweizer Ableger der weltweit tätigen Anwältinnen-Vereinigung. Giroud ist Vorstandsmitglied. «Sandrine ist ein wichtiges Vorbild für die nächsten Generationen an Anwältinnen und Anwälten», sagt Poglia. Giroud habe eine hohe Sichtbarkeit: «Sie schreibt Artikel, organisiert Konferenzen, ist auf Social Media präsent. Sie hat eine unglaubliche Energie und ist sehr engagiert.»

Sich als Frau in diesem Bereich zu behaupten, sei nicht einfach, sagt Giroud. Doch sie sieht es als Möglichkeit, für Gleichberechtigung einzustehen. «Es gibt wenig Frauen in den grossen Wirtschaftskanzleien. Doch der Hebel für gesellschaftliche Veränderungen ist hier viel grösser, als wenn Juristinnen und Anwältinnen in Banken oder Versicherungen abwandern.» Dennoch gebe es auch zermürbende Tage: «Auf meiner Position habe ich manchmal keine Lust mehr, kämpfen zu müssen. Aber genau jetzt kann ich Dinge verändern, und deshalb muss ich weitermachen», sagt Giroud.

Die Armee wird nicht verkleinert

Bundesrat plant Gesetzesrevision, um höheren Bestand zu gestatten

geo. Bern · Die Gefahr eines Terroranschlags steigt, kritische Infrastrukturen wie Gas- oder Stromleitungen könnten sabotiert werden, ein weiterer Krieg im unmittelbaren Umfeld der Schweiz ist nicht auszuschliessen: Angesichts dieser geopolitischen Gemengelage hat der Bundesrat am Mittwoch ein klares Signal gegen einen weiteren Abbau der Armee ausgesendet.

Der Effektivbestand überschreitet gegenwärtig die rechtliche Obergrenze von «höchstens 140 000 Angehörigen der Armee». Im laufenden Jahr sind 7000 Soldatinnen und Soldaten zu viel eingeteilt. Seit der letzten Reform, der Weiterentwicklung der Armee (WEA), verbleiben während einer Übergangsphase mehr Armeemitglieder in den Büchern als vorgesehen.

Die Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), Bundesrätin Viola Amherd, hatte zunächst geplant, zwei zusätzliche Jahrgänge, die ihre Ausbildungspflicht erfüllt haben, zu entlassen. Doch zwei Mitberichte anderer Departemente stellten das Vorgehen infrage. Nach einer Zusatzschleife hat der Bundesrat das VBS nun beauftragt, eine Gesetzesrevision vorzubereiten, statt die Bestände zu reduzieren.

Der Bundesrat soll die Kompetenz erhalten, eine Überschreitung des gesetzlich maximalen Effektivbestands an Armeemitgliedern für eine gewisse Zeit anzuordnen. Die Anpassung der rechtlichen Grundlage erfordert einen Parlamentsentscheid.

Die Mehrzahl der Armeemitglieder muss nach der Grundausbildung nur sechs Wiederholungskurse (WK) leisten, bleibt aber zehn Jahre eingeteilt. Diese «Papiersoldaten» fehlen in den Ausbildungsdiensten der Einheiten, ebenso wie diejenigen, die den WK wegen ihrer Ausbildung oder einer beruflichen Verpflichtung verschieben. In der Praxis kämpft die Armee deshalb mit Unterbeständen. Je nach Jahreszeit sind teilweise nicht einmal 50 Prozent der Soldaten tatsächlich im Dienst. Die Verbandsausbildung, also das Zusammenspiel der einzelnen Elemente, wird damit erschwert. Das VBS prüft deshalb Modelle, wie die Alimentierung der Armee und auch des Zivilschutzes in Zukunft gesichert werden kann.

Die Absicht des Bundesrats, den Effektivbestand der Armee nun doch nicht zu reduzieren, löst die unmittelbaren Herausforderungen im Ausbildungsdienst nicht. Für den Fall einer Mobilisierung wie in der ersten Welle der Pandemie stehen aber genügend ausgerüstete Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung.

Ein hinreichender Effektivbestand ermöglichte bei einem längeren Einsatz regelmässige Ablösungen, argumentiert der Bundesrat. Davon würden auch die Familien und Betriebe profitieren.

ANZEIGE

PARIS
PHOTO

9-12 NOV 2023
GRAND PALAIS
ÉPHÉMÈRE



GRAND PALAIS
ÉPHÉMÈRE

@PARISPHOTOFAIR



J.P. Morgan
PRIVATE BANK